

Wesel

Salzbergbaugeschädigte wenden sich an Landespolitik

29. Dezember 2015 um 00:00 Uhr | Lesedauer: Eine Minute

Wesel. Die neue Bürgerinitiative (BI) der Salzbergbaugeschädigten NRW hat sich für 2016 viel vorgenommen. Zum einen laufen die Vorbereitungen für den Eintrag als gemeinnütziger Verein und die Arbeit an einer Satzung. Zum anderen werden bereits Termine ausgemacht, um das Hauptanliegen politisch zu befeuern. Angestrebt wird bekanntlich die Einrichtung einer Schiedsstelle für den Salzbergbau in Nordrhein-Westfalen, wie es sie im Kohlebergbau bereits gibt.

Unterstützung kommt aus den Kommunen Wesel, Alpen, Rheinberg und Xanten. Nun will die Bürgerinitiative auf Landesebene noch mehr auf sich aufmerksam machen. Dazu haben die Protagonisten einen ersten Termin vereinbart. Am Dienstag, 26. Januar, treffen sie im Düsseldorfer Landtag mit Gudrun Zentis (Grüne) zusammen. Sie ist Fraktionssprecherin für Bergbausicherheit. "Gerade aufgrund der immer häufiger auftretenden Probleme mit Bergschäden im Abbaugbiet des Salzbergwerkes in Borth ist es uns ein großes Anliegen, diese Themen direkt mit den Ansprechpartnern der Fraktionen im Landtag, aber auch mit der örtlichen Politik zu besprechen", heißt es in einer Mitteilung der BI. "Wir hoffen, auch die weiteren Fraktionen bewegen zu können, einen Termin mit uns zu vereinbaren."

Wie berichtet, hatten Wilhelm Fischer und Werner Schweickert (beide Ginderich) sowie Hermann Norff (Büderich) mit der Einladung zu einer Bürgerversammlung in Büderich den Stein ins Rollen gebracht. Gut 250 Menschen waren dazu im November in die Gaststätte van Gelder gekommen.

www.salzbergbaugeschaedigte.de

(fws)

